

„Baupolitik: Zwischen Regulierung und Aufbruch“ –Experten diskutieren Baupolitik der neuen Bundesregierung

Mehr Neubau, am Besten bezahlbar und schnell. Das ist das Ergebnis des „Wohngipfels“ vor ein paar Wochen in Berlin. Die Bundesregierung versprach in dieser Legislaturperiode das Ziel 1,5 Millionen neue Wohnungen. Um die Planung zu beschleunigen wird häufig auch die digitale Bauakte genannt, ein Dokumenten-Management-System (DMS), das speziell auf die Arbeitsabläufe von Baufirmen ausgerichtet ist. Der parlamentarische Staatssekretär Marco Wanderwitz (CDU) versprach auf der EXPO REAL, dass hier in den nächsten Monaten etwas passieren wird.

Oton: Parlamentarischer Staatssekretär Marco Wanderwitz (CDU) sieht bei der digitalen Bauakte Handlungsbedarf. „Wir müssen als Bund die Voraussetzungen schaffen.“

Oton: Der Präsident des Zentralen Immobilienausschusses (ZIA) Andreas Mattner glaubt, dass mehr gebaut wird, dass es aber nicht reicht.

Oton: Der Präsident vom IVD Immobilienverband Deutschland Jürgen-Michael Schick ist der Meinung, dass es keinen Mangel an Regeln gibt, sondern an Wohnungen. Man dürfte nun nicht den Populisten folgen, sondern brauche sachliche Lösungen.

Beim IVD weist man darauf hin, dass einer Person in New York im Durchschnitt neun Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung stehen, in London zwölf Quadratmeter, in Paris 20 Quadratmeter und in Deutschland im Durchschnitt 82 Quadratmeter. Der Präsident des Deutschen Mieterbunds Franz-Georg Rips hätte nichts gegen eine Verringerung:

Oton: Dem Präsidenten des Deutschen Mieterbunds Franz-Georg Rips nach haben wir mit 47 Quadratmeter pro Person einen Wohnkomfort erreicht, der nicht notwendig ist. Er habe nichts dagegen, die Wohnfläche zu verringern, um eine größere Anzahl von Wohneinheiten zu bekommen.

Allerdings fordert er eine entsprechende „maßvolle“ Verringerung des förderfähigen Wohnraums. Es müsse verträglich geschehen. Mattner sieht noch eine weitere Herausforderung.

Oton: Der Präsident des Zentralen Immobilienausschusses (ZIA) Andreas Mattner verweist darauf, dass es nicht nur um das Wohnen geht, sondern auch um Büros, Hotels und andere Immobilien. Sonst entsteht hier in ein paar Jahren ein neues Problem.

Die Podiumsteilnehmer waren sich in einem Punkt einig: Der „Wohngipfel“ hat das Thema Wohnraum öffentlich gemacht. Jetzt müssten auf die Absichtserklärungen Taten folgen,